

Das Schweizer Mehrwertsteuer-Wunder

Deutschland erwägt eine Erhöhung auf über 20 Prozent, hierzulande kommt man mit 8,1 Prozent aus

MICHAEL RASCH

Für Regierungen ist das verfügbare Steuergeld immer knapp. In Deutschland hat sich die schwarz-rote Koalition mit Zustimmung der Grünen für die kommenden Jahre durch Sonderschulden und die Umgehung der Schuldbremse zusätzliche Gelder über Hunderte Milliarden Euro verschafft. Das Geld ist für die vernachlässigte Verteidigung und Infrastruktur vorgesehen, wird aber in grossen Teilen zweckentfremdet, weil auch im regulären Haushalt die Mittel fehlen.

Deshalb diskutiert die Regierung laut Medienberichten auch über eine Erhöhung der Mehrwertsteuer von derzeit 19 Prozent um ein bis drei Prozentpunkte. Deutschland könnte dann den EU-Durchschnitt von 21,9 Prozent erreichen. Den niedrigsten Satz in der EU hat Luxemburg mit 17 Prozent, den höchsten Ungarn mit 27 Prozent. In der Schweiz liegt die Mehrwertsteuer bei lediglich 8,1 Prozent. Wie macht das Land das?

Bürger haben das letzte Wort

Die kurze Antwort lautet: Die Gründe sind erstens die direkte Demokratie, zweitens das Steuersystem inklusive Steuerwettbewerb zwischen Gemeinden und Kantonen sowie drittens die andersartige Organisation der Sozialversicherungen, also etwa des Gesundheits- und Rentensystems. Dazu kommen noch weitere bedeutende Faktoren.

«Die tiefe Mehrwertsteuer der Schweiz ist Ausdruck eines spezifischen institutionellen und fiskalischen Gesamtmodells mit vergleichsweise niedriger gemessener Staatsquote und einer stärkeren Rolle von Beitrags- und teilweise kapitalgedeckten Finanzierungselementen in den Sozialversicherungen», sagt Hans Gersbach. Er kennt sowohl die Schweiz als auch Deutschland sehr gut. Gersbach ist Professor für Makroökonomie an der ETH Zürich sowie Mitglied und ehemaliger Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des deutschen Bundeswirtschaftsministeriums.

Durch die direkte Demokratie mit Volksabstimmungen bis hinunter auf Gemeindeebene haben die Bürger über die Ausgaben stets das letzte Wort. Das führt zu starken Ausgabenrestriktionen für Politiker. «In der Schweiz wird durch die direkte Demokratie immer sofort gefragt, was etwas kostet und wer das bezahlt», sagt Florian Scheuer, Wirtschaftsprofessor an der Universität Zürich mit den Schwerpunkten Steuern und öffentliche Finanzen. Das gilt im Grossen wie im Kleinen. «Die Ausgaben oder Kredite für eine neue Turnhalle oder einen Schulanbau müssen durch die Gemeindeversammlung und auf Bundesebene muss das Volk einer Erhöhung der Rente oder einem Steuerzuschuss in die Sozialsysteme ebenfalls zustimmen», ergänzt Scheuer.

Ein sehr seltenes System

Die finanziellen Grenzen des Staates seien im Wahlvolk tief verankert, während in anderen Ländern oft erst einmal Ausgaben beschlossen und im Zweifel über Kredite finanziert würden, erklärt der in Zürich lehrende Ökonom weiter. Er gehört ebenfalls dem Wissenschaftlichen Beirat des deutschen Wirtschaftsministeriums an. Eine Überraschung war aufgrund dieser Tradition, dass die Schweizer im März 2024 für eine 13. Rente bei der Alters- und Hinterlassenenversicherung (AHV) gestimmt haben, obwohl die Finanzierung unklar war und bis heute ist.

In die gleiche Richtung wie die direkte Demokratie wirken Föderalismus und Steuerwettbewerb. «Der Steuerwettbewerb zwischen Kantonen und Gemeinden sowie die in vielen Bereichen bestehenden Referendumsmöglichkeiten des Volkes bei Steuererhöhungen oder öffentlichen Projekten setzen Anreize für eine zurückhaltende Ausgaben- und Steuerpolitik», sagt der ETH-Professor Gersbach. Das sorgt in vielen Regionen der Schweiz für tiefe



Das Zürcher Grossmünster vor der Alpenkulisse. In der Schweiz bremsen die direkte Demokratie und der Steuerwettbewerb die Ausgabenfreude von Politikern.

ALESSANDRO DELLA BELLA / KEYSTONE

Steuersätze, ist international jedoch ein sehr seltenes System.

Von einem solchen Steuerwettbewerb sind Deutschland und andere EU-Staaten weit entfernt. Einen gewissen Steuerwettbewerb gibt es dagegen auch in den USA zwischen den Gliedstaaten. Doch um in den Genuss tieferer Steuern zu kommen, müssen die Menschen dort vielleicht von Kalifornien nach Texas ziehen und dabei den Arbeitsplatz wechseln. In der Schweiz reicht es, seinen Wohnsitz von einer Zürcher Gemeinde in eine andere zu verlegen.

Der dritte grosse Faktor sind die Sozialversicherungen, die in der Schweiz eher privatwirtschaftlich ohne vergleichbar grosse staatliche Zuschüsse organisiert sind. «Besonders die berufliche Altersvorsorge und Teile des Gesundheitswesens werden in der Schweiz stärker ausserhalb steuerfinanzierter Haushalte organisiert als etwa in Deutschland», sagt Gersbach. In Deutschland zahlt der Staat dagegen aus Steuergeldern einen Bundeszuschuss in die Rentenversicherung von rund 130 Milliarden Euro, und auch die gesetzliche Krankenversicherung und die Pflegeversicherung erhalten Milliardenzuschüsse.

«In der Schweiz gibt es eine grosse Umverteilung von Reich zu Arm da-

gegenüber die AHV, da es hier im Gegensatz zu Deutschland keine Beitragsbemessungsgrenze gibt», sagt der Ökonom Scheuer. Die Beitragsbemessungsgrenze von derzeit rund 100 000 Euro ist der maximale Betrag des Bruttoeinkommens, bis zu dem in Deutschland Sozialversicherungsbeiträge berechnet werden. Für den Teil des Gehalts, der diese Grenze übersteigt, fallen keine Beiträge für die Renten- und Arbeitslosenversicherung an. Zugleich ist die Höhe der Rentenzahlungen nach oben beschränkt.

Progressive AHV

In der Schweiz finanzieren die Reichen dagegen viel stärker die Renten der Armen. Eine Person mit einem Einkommen in Millionenhöhe muss immer noch den gleichen Prozentsatz für die AHV zahlen, obwohl ihre Rentenhöhe wie in Deutschland irgendwann gedeckelt wird. Die AHV ist also sehr progressiv angelegt, wogegen das Schweizer Steuersystem weniger progressiv ist als jenes von Deutschland.

Zudem finanziert die Schweiz laut Hans Gersbach öffentliche Leistungen traditionell stärker über direkte Steuern, etwa Einkommens-, Vermögens-

und Unternehmenssteuern sowie föderal differenzierte kantonale und kommunale Steuern, während die Bedeutung allgemeiner Konsumsteuern wie der Mehrwertsteuer vergleichsweise geringer sei. Die indirekten Steuern tragen in der Schweiz nur zu etwa 30 Prozent zu den Steuereinnahmen bei, in Deutschland zu knapp 50 Prozent.

Dazu kommen weitere Faktoren. Die Schweiz hat eine strengere Schuldenbremse als Deutschland, was wiederum auf der direkten Demokratie fusst. Ferner ist die Arbeitslosenquote in der Schweiz meist niedriger als in Deutschland und die Erwerbsbeteiligung höher. Dadurch werden die Lasten auf mehr Schultern verteilt.

Bei der Migration wiederum profitiert die in vielerlei Hinsicht attraktive Schweiz von einer starken Zuwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, überwiegend aus der EU. Dagegen verzeichnete Deutschland mit seinen relativ offenen Grenzen besonders in den vergangenen gut zehn Jahren vor allem gering qualifizierte (Flüchtlings-)Zuwanderer aus Schweden- und Entwicklungsländern, die viel zu oft im Bürgergeld enden.

Es geht um 16 Milliarden Euro

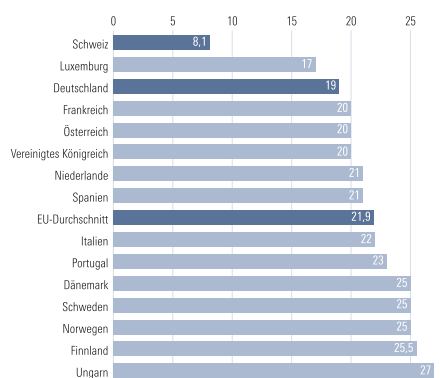
Wer nun jedoch denkt, die Schweiz habe geringere Steuereinnahmen pro Kopf als das rund neunmal so bevölkerungsreiche Deutschland, der irrt. Die Schweiz kommt insgesamt auf Steuereinnahmen von rund 175 Milliarden Franken (191 Milliarden Euro). Deutschland auf rund 1000 Milliarden Euro (915 Milliarden Franken).

Dabei hat die Schweiz beispielsweise hohe Einkünfte aus der Unternehmenssteuer. Zwar sind die Steuersätze relativ tief, doch diese tiefen Sätze ziehen viele internationale Unternehmen an, beispielsweise Rohstoffhändler, so dass die Steuerbasis steigt. Hinzu kommt, dass die Schweiz gemessen an ihrer Grösse sehr viele Weltkonzerne wie Nestlé, Novartis, Roche oder die UBS beherbergt, die einen Grossteil der Steuern im Heimatland entrichten.

Ob in Deutschland eine Mehrwertsteuererhöhung kommt, ist noch offen. Eine um einen Prozentpunkt höhere Mehrwertsteuer würde dem Staat rund 16 Milliarden Euro Zusatzreinnahmen bringen, davon würde rund die Hälfte dem Bund zugutekommen. Im Gegensatz zur Schweiz können sich die Deutschen dagegen nicht durch ein Referendum wehren, sondern frühestens durch ihr Abstimmungsverhalten bei der nächsten Bundestagswahl. Doch die ist noch weit entfernt.

Die Schweiz hat die mit Abstand niedrigste Mehrwertsteuer in Europa

Regulärer Mehrwertsteuersatz in ausgewählten europäischen Ländern 2026, in Prozent



QUELLEN: EU, EIGENE RECHNERE

NZZ / f.a.